

# Grüner Igger

Bundestagswahl am  
22. September 2002.  
Zweitstimme für  
B90 / DIE GRÜNEN!



BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN - Offene Liste Lambsheim

Nr. 12 — September 2002

## „Am Rhein wäre alles...

...noch viel schlimmer gekommen als in Ostdeutschland... besonders im Hinblick auf die Ansammlungen von Chemie-fabriken in Ludwigshafen“ – so das Statement des BUND-Landesverbandes Rheinland-Pfalz (RHEINPFALZ, 27. August 2002). Sicher ist gerade in der jetzigen Situation Panikmache wenig hilfreich. Ebenso wenig ist es angemessen, die Flutkatastrophe in Deutschland auf Kosten der Betroffenen für den Wahlkampf auszuschlachten. Die Kritik des parteiunabhängigen BUND-Landesverbandes an der „unbelehrbaren Kommunalpolitik in Rheinland-Pfalz“ zielt darauf auch nicht ab. Es geht ihm vielmehr darum, den Zusammenhang zwischen Hochwassergefahr und Bebauung/Versiegelung zu betonen und darauf hinzuweisen, wie wichtig es ist, geeignete Überschwemmungsflächen in ihrer Funktion zu erhalten.

Wahlkampf hin, Wahlkampf her – die Naturkatastrophe vor unserer Haustür belegt die Notwendigkeit der politischen Auseinandersetzung über Hochwasser und Klimaschutz.

Klaus Töpfer, oberster Chef des UN-Umweltprogramms und CDU-Mitglied, plädiert ausdrücklich dafür, die vielgescholtene Ökosteuer als „Klimaschutzinstrument“ auch „in ökonomisch schwierigen Zeiten fortzusetzen“. Der international anerkannte Umweltpolitiker findet offensichtlich in seinen eigenen Reihen wenig Gehör. Es ist schon befremdlich, welche marginale Rolle der Umwelt- und Klimaschutz bei den Unionsparteien spielt. In den vergangenen vier Jahren stellten sich sowohl Union als auch FDP gegen die wichtigsten rot-grünen Klimaschutzmaßnahmen, angefangen vom *Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG)*, über *Atomausstieg*, *Umsteuerung in der Verkehrspolitik*, *Ökologisierung der Landwirtschaft*, *Bundesnaturschutzgesetz* bis hin zur *Ökosteuer*.

Dem von Rot-GRÜN eingeleiteten ökologisch-sozialen Modernisierungsprozess droht im Falle einer Regierungsübernahme von Union und FDP das Aus. Die Wahlprogramme beider Parteien lassen fundierte Konzepte in der Umweltpolitik vermissen; in Stoibers „Kompetenzteam“ hält man vergeblich Ausschau nach Umweltpolitikern. Nur die Fortsetzung einer rot-grünen Bundesregierung wäre

### Inhalt:

|  |   |
|--|---|
| „Am Rhein wäre alles... ..                     | 1 |
| Podiumsdiskussion Windkraft .....              | 2 |
| Nachgehakt: Sonnige Zeiten in Lambsheim? ..... | 2 |
| Sportgelände Holzacker-Neuweide .....          | 3 |
| Als Flohmarktgelände viel zu schade .....      | 3 |
| Wo bleibt die Fahrradlobby? .....              | 4 |



tatsächlich ein Vertrag für die Zukunft.

„Die Bremswege der Natur sind lang“ (Joschka Fischer). Die Überschwemmungen in Europa aber auch in Asien haben die Bedeutung von Nachhaltigkeit wieder mehr in unser Bewusstsein gerückt und gezeigt, dass Umweltprobleme globale Probleme sind, die schnellstens gelöst werden müssen.

Wie der UN-Gipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg allerdings zum wiederholten Male zeigte, sind gemeinsame bahnbrechende Beschlüsse fast nicht möglich. Wenn 180 Staaten im Konsens entscheiden sollen, bestimmen nicht die Vorreiter, sondern die Bremsen das Tempo. Zu unterschiedlich sind die Interessenslagen, Abhängigkeiten

und Machtverhältnisse untereinander. In Johannesburg scheiterte z.B. der Abschluß konkreter Zielvereinbarungen zur Steigerung regenerativer Energien an den Egoismen und Erpressungsmechanismen einzelner (erdölexportierender) Staaten.

Umso bedeutsamer ist Deutschlands Vorreiterrolle auf diesem Gebiet zu werten, die von den Umweltverbänden trotz aller Kritik an den Konferenzergebnissen ausdrücklich gelobt wurde. Die Debatte um umweltpolitische Konsequenzen darf dabei aber nicht nur Sache der großen Politik sein. Nicht zuletzt müssen Kommunen in die Pflicht genommen

werden, etwa, wenn es darum geht, Bebauungsmaßnahmen zu überdenken und zu beschließen.

*Global denken, lokal handeln* – diese Devise der Lokalen Agenda 21 (wir berichteten ausführlich bereits im *Grünen Igel* vom Dezember 2000) zu der sich Lamsheim per Gemeinderatsbeschluss bereits vergangenes Jahr bekannt hat, bestimmt das Handeln unseres Ortsverbandes BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Offene Liste. Neue Parteimitglieder sind uns ebenso willkommen wie diejenigen, die – auch ohne Parteizugehörigkeit – offen für grüne Ideen und Konzepte sind und sich bei uns engagieren möchten.

## Podiumsdiskussion Windkraft

Vor allem in den Nachbargemeinden Lamsheims tobt zur Zeit eine manchmal etwas bizzar erscheinende Auseinandersetzung um die Nutzung von Windkraft. Dabei scheinen die Argumente, die für den Ausbau dieser umwelt- und klimafreundlichen Technik sprechen, sich in der hitzigen Debatte genau in ihr Gegenteil zu verkehren. Windräder werden in der Argumentation der Kritiker als die Belastung für Natur und Umwelt schlechthin dargestellt.

Zwar sprechen sich die GRÜNEN nicht für den Bau von Windrädern an jedem Ort aus. Doch ist genau die Ausweisung von Vorrangflächen das Steuerungsinstrument, um Windkraftanlagen an dafür geeigneten Stellen zu bündeln und Wildwuchs zu verhindern. Wer es ernst meint mit dem Klimaschutz, kommt an Wind- und Sonnenkraft nicht vorbei. Und dass zur schnelleren Markteinführung regenerativer Energietechniken für die Anfangsphase eine Anschubfinanzierung notwendig ist, ist angesichts des

bereits einsetzenden Klimawandels und dessen drohender Folgen und Folgekosten eine sinnvolle Investition in die Zukunft. In Lamsheim ist ein Bauvorbescheid für zwei Windräder bereits erteilt worden.

Für Lamsheim hat dieses Vorhaben insoweit noch eine zusätzliche Bedeutung, weil das projektierende Ingenieurbüro seinen Sitz in Lamsheim hat und ein Referenzobjekt am Ort natürlich zusätzliche Werbung verspricht.

Die öffentliche Diskussion um Pro und Contra der Nutzung von Windkraft in unserer Region ist gut und notwendig – dann aber mit der gebotenen Sachlichkeit und Fairness. Aus diesem Grund planen wir in nächster Zeit eine Veranstaltung, die neben Informationen zur Windkraft sowohl Kritikern als auch Befürwortern ein Forum geben will. Geplant ist der 17. Oktober – einen genauen Hinweis über Zeit, Ort und Referenten entnehmen Sie bitte der Tagespresse.

## Nachgehakt: Sonnige Zeiten in Lamsheim?

Wer erinnert sich eigentlich noch daran? Vor über zwei Jahren – im April 2000 (!) – brachten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag im Gemeinderat ein, auf dem Dach der Karl-Wendel-Schule eine Photovoltaikanlage zu errichten. In Kooperation zwischen Gemeinde und Förderverein der Schule sollte die Anlage in Eigenregie betrieben werden, um den Schülern Einblick in eine Zukunftstechnik und der Schule finanzielle Einnahmen aus dem Stromverkauf zu verschaffen. So zumindest unser damaliger Grundgedanke.

Nachdem sich der Antrag monatelang durch die verschiedensten Ausschüsse geschleppt hatte, erfolgte im Dezember 2001 endlich ein entsprechender Ratsbeschluss. Hierbei entschied man sich allerdings entgegen unseren Vorstellungen „wegen der neuen und komplizierten Technik“ für ein Kooperationsmodell mit den Pfalzwerken, die die Anlage „schlüsselfertig“ bauen und die ersten Jahre auch betreiben sollten. Ein entsprechender Vertrag wurde schließlich am 13. Februar 2002 zwischen Gemeinde und Pfalzwerken ratifiziert, ohne dass in der Presse auch nur ein Wort noch darüber verloren wurde, auf wessen Idee dies eigentlich zurückgeht.

Und wie sieht es über ein halbes Jahr später aus, fast

zweieinhalb Jahre nach unserem Antrag? Noch immer wurde kein Stein auf den anderen gesetzt, der Sommer ist auch wieder vorbei und die über zwanzig Jahre gewährte „Anschubfinanzierung“ in Form der Einspeisevergütung schießt sich an, ab kommenden Januar erneut zu sinken. So wie dies gesetzlich nach dem EEG auch vorgesehen ist: Von aktuell noch 48 Cent für im Jahr 2002 errichtete Anlagen auf dann 45,5 Cent pro kWh für im Jahr 2003 errichtete Anlagen.

Interessant in diesem Zusammenhang ein Vergleich mit unserer Nachbargemeinde Weisenheim/Sand: Dort errichtete man an der örtlichen Grund- und Hauptschule im Rahmen der örtlichen Agenda 21 ebenfalls eine Photovoltaikanlage. Im Gegensatz zu Lamsheim entschied man sich dort allerdings bewusst zu einem in Selbstverwaltung von Bürgern sowie Gemeinde getragenen und finanzierten Teilhabermodell.

Erste Gespräche zu dem Vorhaben fanden im Februar 2001 statt, der Bau der Anlage bereits ein halbes Jahr später. Die Inbetriebnahme erfolgte am 20. November 2001. Bis zur „offiziellen“ Einweihungsfeier im Juni 2002 hatte die Anlage bereits 1960 Kilowattstunden Strom produziert, der

mit 50,6 Cent pro kWh auf die Dauer von zwanzig Jahren vergütet wird. Möglich war dies nur, weil die Inbetriebnahme noch in 2001 erfolgte.

Eine erste, an die Adresse der Pfalzwerke adressierte Abrechnung zur Vergütung des eingespeisten Stromes wurde bereits im ersten Halbjahr 2002 veranlasst. Neben

Rückstellungen für evtl. notwendig werdende Reparaturen werden damit zunächst die Krediteinlagen der 25 Anlagenteilhaber ratenweise zurückgezahlt.

**Fazit:** Während sich in Lamsheim immer noch nichts bewegt, wird anderswo schon längst bewiesen, wie man mit GRÜNEN Ideen schwarze Zahlen schreiben kann.

## Sportgelände Holzacker-Neuweide: Alles geregelt...?

Für offiziell beendet erklärt wurde in einem Artikel der RHEINPFALZ vom 26. Juli 2002 die Diskussion um den neuen Sportplatz der Viktoria. Der Verein ist für das gelungene Werk zu beglückwünschen – Glückwünschen, denen wir uns gerne anschließen, ohne dabei aber die kritischen Fragen auszuklammern, die sich von unserer Seite immer noch stellen.

Gerade die Flutkatastrophe in Ostdeutschland hat in erschreckender und bedrängender Weise deutlich gemacht, dass nicht alle der katastrophalen Folgen des Hochwassers auf ein außergewöhnliches Naturereignis zurückzuführen, sondern teilweise von den Menschen hausgemacht sind. Neben dem allgemeinen Klimawandel sind hierbei Stichworte wie zunehmende Versiegelung von Flächen, Flussbegradigungen und -kanalisierungen oder Bauen in hochwassergefährdeten Gebieten zu nennen.

Zwar ist die Entscheidung um die örtliche Lage des Sportgeländes in einem Überschwemmungsgebiet alleine aus Kostengründen nicht mehr rückholbar, doch reiht sich Lamsheim damit in die Vielzahl von Gemeinden ein, die Erkenntnisse des Hochwasserschutzes missachtet haben.

Uns allen wünschen wir von Herzen, dass eine solche Katastrophe Lamsheim erspart bleibt. Für die Zukunft gilt allerdings, dass die seit Jahren in Planung befindliche Ausweisung von Retentionsflächen zügig beendet wird und

die durch die unerlaubte Höherbebauung des Sportgeländes notwendigen Ausgleichsmaßnahmen in vollem Umfang und überprüfbar umgesetzt werden.

Dazu gehört für uns die Änderung und Anpassung des Bebauungsplans an die neuen Gegebenheiten. Für nicht sinnvoll halten wir weiterhin, dass das durch die Höherlegung notwendige Ausgleichsvolumen durch Ausheben von Gräben auf dem Gelände selbst realisiert werden soll. Sofern überhaupt umsetzbar, ist eine solche Lösung sicher keine ästhetische Bereicherung, aber das dürfte noch das geringste Problem sein, das man sich durch solch ökologisch unsinnige Maßnahmen einhandelt.

Auch nachdem das zur Aufschüttung des Lärmschutzwalls benutzte Material aufbereitet wurde, sind die Probleme um die zur Höherlegung des Geländes verwendete belastete Schlacke noch nicht endgültig geklärt. Hier erwarten wir eine Offenlegung des im Auftrag des Sportvereins erstellten Gutachtens über die Zusammensetzung des Materials. Die Öffentlichkeit hat ein Recht darauf zu erfahren, ob von dem im Gelände verbliebenen Material eine Gefährdung des Grundwassers oder im Falle von Überschwemmungen des Oberflächenwassers ausgeht. Die geplanten Messpunkte zur Überprüfung begrüßen wir, doch ist unser Motto: Nachhaltige Politik ist vorsorgende Politik – damit nicht alle wieder jammern, wenn es zu spät ist.

## Als Flohmarktgelände viel zu schade – Freibad-Visionen Teil IV

In den Reden und Grußworten anlässlich der Amtseinführung des neuen Bürgermeisters Eisenbarth kam sie immer wieder zur Sprache: die prekäre finanzielle Situation der Gemeinde. Kein Wunder, dass das Thema *Lamsheimer Freibad* zur Zeit wenig Zuspruch findet.

Auch die bereits seit Jahren mehrfach im Kreis diskutierte Alternative *Kombibad* (Kreishallenbad Maxdorf plus Teile des ehemaligen Freibadgeländes) steht vor den gleichen finanziellen Problemen. Eine solche Lösung käme sehr viel teurer als die alleinige Sanierung des Kreishallenbades. Fraglich ist wiederum, ob die kostengünstigere Variante (Sanierung ohne strukturelle Verbesserung) die Attraktivität des Maxdorfer Bades steigern und somit konstante Besucherzahlen und entsprechende Einnahmen garantieren könnte.

Zu diesen vielen ungeklärten Fragen und Bedenken tauchen nun Überlegungen hinsichtlich eines Spaßbades in der Region auf, dessen gemeinsame Finanzierung mit Hilfe eines Landeszuschusses die Städte Frankenthal und Ludwigshafen sowie der Kreis übernehmen sollen. Doch auch

diese Idee ist noch vollkommen unausgegoren.

Für uns steht fest: Ein Spaßbad ist keineswegs die Alternative. Zum einen würde dies die Finanzkraft sowohl der Städte als auch des Kreises bei weitem übersteigen; außerdem trägt das Bad, das für den Raum Ludwigshafen-Oggersheim (neues Gewerbegebiet) angedacht ist – also hauptsächlich mit dem Auto erreichbar – zur Zersiedelung der Landschaft bei. Gute Gründe für uns, ein solches Unterfangen abzulehnen.

Die Mitfinanzierung durch Lamsheim und Maxdorf ist Voraussetzung für die interessantere Kombibad-Lösung. Da dies jedoch z.Z. aufgrund der Finanzen offen erscheint, wäre unter Umständen der Verzicht auf ein Außenbecken, zugunsten eines Wasserspielplatzes für Kinder, die Alternative. Ein attraktives Außengelände mit vielfältigen Aktionsmöglichkeiten für Jung und Alt könnte durchaus Besucher anziehen und bräuchte von Seiten des Bades keine Aufsicht. Lamsheim könnte – zumindest einen großen Teil seines ehemaligen Freibadgeländes als Grundstock für ein solches

Vorhaben dem Kreis zur Verfügung stellen. Zugegeben: eine etwas provokative, vielleicht gewöhnungsbedürftige Überlegung. Aber darüber nachzudenken sei erlaubt!

Übrigens: Der neue Bürgermeister hat bei seiner Rede angekündigt, jetzt endlich die für Lamsheim bereits seit längerem beschlossene *Lokale Agenda 21* zu starten und so

## Wo bleibt die Fahrradlobby?

Neben Vertretern der politischen Gremien und der Verwaltung nahmen als Fachmänner je ein Mitarbeiter der Kreisverwaltung, der Polizeiwache Maxdorf und des ADAC Pfalz e.V. an der diesjährigen Verkehrsschau teil. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Offene Liste hatten nach der letzten Veranstaltung dieser Art angeregt, zukünftig auch den ADFC (Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) einzuladen, um die Interessen der FahrradfahrerInnen stärker mit einzubringen. Trotz der Zusicherung von Verwaltungsseite, unserem Vorschlag nachzukommen, fehlte auch am 6. Juni die Fahrradlobby. So konzentrierten sich die Überlegungen zu den aufgestellten Tops schwerpunktmäßig auf den motorisierten Verkehr. Im Folgenden einige Ergebnisse:

### • *Verkehrssituation Gartenstraße*

Wie schon im *Grünen Igel* vom September 2000 zu lesen war, haben die Lamsheimer GRÜNEN vorgeschlagen, entlang der Bahnlinie eine Zufahrtsstraße zu bauen, die das Baugebiet im Norden erschließt. Der Vorschlag wurde wegen der zusätzlichen Kosten für die Errichtung einer Brücke über den Fuchsbach, getreu der Devise schnell und billig statt solide und zukunftsfähig abgelehnt. Bei der Verkehrsschau am 6.6. sprachen sich die Anwohner der Gartenstraße gegen die bauliche Planung ihrer Straße aus und forderten die Umgestaltung in eine Sackgasse. Von Polizei und Kreisverwaltung wurde eine Einbahnstraßenregelung in Richtung Feldchen, alternativ ein Durchfahrtsverbot ab Einmündung Gartenstraße in westliche Fahrtrichtung empfohlen. Das Durchfahrtsverbot würden die Anwohner einer Einbahnstraßenregelung vorziehen. Auch aus unserer Sicht würde diese Regelung eher zu einer Reduzierung der Gefahren für Radfahrer und Fußgänger beitragen. Da die Gartenstraße zu schmal ist, um einen Gehweg zu errichten, wäre das Verkehrsaufkommen selbst in einer Einbahnstraße zu hoch, um die zu erwartende große Zahl der Schul- und Kindergartenkinder nicht erheblich zu gefährden.

### • *Marktstraße: Abschnittsweise 30 km/h-Beschränkung*

Das Gremium erachtete die Einrichtung der 30 km-Zone ab Einmündung Goethestraße bis ca. 30 m hinter die Einmündung Hinterstraße als sinnvoll. Auch Vertreter der Lamsheimer GRÜNEN hatten diese Maßnahme vorgeschlagen, um die gefährliche Situation für die zahlreichen Fußgänger in diesem Bereich zu entschärfen. Bedenken, ob Autofahrer sich überhaupt an eine Geschwindigkeitsbegrenzung halten werden, sind bedauerlicherweise

die Bürgerinnen und Bürger zu aktivieren. Vielleicht könnten auf diesem Weg kreative und gleichzeitig kostengünstige Varianten hinsichtlich des Freibadgeländes gefunden und mit Hilfe von gebündeltem Engagement auch in die Tat umgesetzt werden. Als reines Flohmarktgelände wäre unser schönes Freibad viel zu schade!

sicher berechtigt. Von daher ist diese Maßnahme nur ein Trostpflaster aber auch eine Möglichkeit, Raser zur Kasse zu bitten und damit evtl. in Zukunft mehr Rücksichtnahme zu bewirken. Sollte die Marktstraße dereinst als Zufahrtsstraße zur geplanten Ostumgehung dienen, wird die Fortbewegung zu Fuß dort zum Kamikazespiel: angesichts des schmalen, teilweise nicht vorhandenen Gehweges sind massive Gefährdungen für Fußgänger vorprogrammiert.

### • *Maxdorfer Straße*

Unserer Auffassung nach berechnete Beschwerden der Anwohner, dass Schwerlast- und übriger Verkehr mit zu hoher Geschwindigkeit in den Ort fahren, werden mit dem Hinweis auf die geplante Ortsumgehung beantwortet. Bauliche Maßnahmen hielt das Gremium in Anbetracht der zu erwartenden Verkehrsberuhigung nicht für sinnvoll. Lediglich die sporadische Anbringung der Geschwindigkeitsanzeigetafel wurde eingeräumt. Wie wir bereits mehrfach ausführten, ist die Erwartung einer derart drastischen Reduzierung des Verkehrsaufkommens durch die Umgehung ein Trugschluss. Der Quellverkehr, der ca. 60 % ausmacht, wird weiter in gewohnter Weise zu verzeichnen sein. Deshalb sehen wir hier durchaus Handlungsbedarf im Sinne der Anwohner.

### • *Fußgönheimer Straße*

Dass, wie von Anwohnern angeregt, das Anbringen von Tempo 30-Markierungen auf der Straße wenig zur Geschwindigkeitsminderung beiträgt, zeigt sich in der St.-Georges-Straße, wo es trotz derselben immer wieder zu gefährlichen Situationen kommt, weil eilige Autofahrer spielende Kinder übersehen. Von daher ist der Einwand von Seiten der Fachleute u.E. berechtigt. Allerdings stellt sich die Frage, ob damit auch schon alles Nachdenken ein Ende haben muss oder ob man nicht andere verkehrsberuhigende Maßnahmen überlegen könnte.

**Fazit:** Insgesamt sind die Belange von Fußgängern und Radfahrern aus unserer Sicht bei der Verkehrsschau zu kurz gekommen. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass zukünftig auch ein/e Vertreter/in des ADFC zur Beratung hinzugezogen wird. Gleichzeitig erwarten wir gespannt die Ergebnisse der Schulwegnetzaktion von Prof. Meyer und werden darauf dringen, dass es nicht nur bei der Feststellung von Gefahrenstellen bleibt, sondern auch zukünftig in sichere Lösungen investiert wird.

Impressum:  
Herausgeber: BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -  
Offene Liste Lamsheim  
Klaus-Peter Spohn-Logé (V.i.S.d.P.)  
Hinterstraße 34, 67245 Lamsheim  
E-Mail: [ov.lamsheim@gruene.de](mailto:ov.lamsheim@gruene.de)